



## Editorial

Läßt sich die Zentralverwaltungswirtschaft im Sinne der mathematischen Optimierungstheorie als duale Darstellung der Marktwirtschaft auffassen, wie dies vor rund 70 Jahren Oskar Lange behauptete? Oder besteht diese Äquivalenz wegen der dezentralen Entscheidungsstruktur bei freien Märkten nicht, wie Ludwig von Mises betonte. Stellt nicht zentrale Planung immer ein Anmaßen von Wissen dar, das der Entscheidungsträger tatsächlich nicht besitzt, wie dies rund 15 Jahre später Friedrich August von Hayek erklärte? Denn nur die freiheitliche und liberale Ordnung sei in der Lage, die konstitutionelle Unwissenheit abzubauen, weil sie alle verfügbaren Informationen über Märkte absorbieren könne. Genau deshalb sei sie anderen, zentralistischen Ordnungsstrukturen überlegen – somit auch vielen Eingriffen des Staats in Markprozesse.

Weshalb ist dieser Sachverhalt relevant? Er berührt die vor allem politisch geführte Debatte, wo der Staat in Marktwirtschaften eingreifen dürfe. Gegenwärtig betrifft er aber auch die Systemkonkurrenz mit den großen, autoritär verfaßten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen. Müssen die westlichen, liberalen Gesellschaften ihr Zutrauen in die Effizienz der „unsichtbaren Hand“ verlieren? Untergraben die erfolgreichen Schwellenländer tatsächlich durch unfaire Praktiken die Wohlstandsposition des Westens? Ist ihre Fähigkeit zu strategischen Investitionen im Inland und über Staatsfonds im Ausland zu fürchten? Läßt sich im Wettbewerb der Ordnungen ein bißchen mehr an Wohlstand durch ein bißchen weniger an Demokratie erkaufen? Oder müßte man unfairen Praktiken entsprechende Barrieren entgegensetzen: Umweltsteuern bei Ökodumping?

Das Zurückfallen im globalen Wettbewerb und damit der technologischen Leistungsfähigkeit war ursächlich für den Zusammenbruch autoritärer und totalitärer Systeme. Teuer erzwungene technologische Spitzenleistungen laugten die Wirtschaft aus. Heute stellt die Teilhabe am Welthandel für alle Beteiligten permanent die Systemfrage. Nicht zentralstaatlich administrierte Schutzzäune helfen, wenn man unter Druck gerät, weil sie zwangsweise negative Folgen auslösen, denn oft ist die Medizin dann schlimmer als die Krankheit. Vielmehr ist immer wieder zu prüfen, ob der Ordnungsrahmen den Anforderungen der Gegenwart entspricht – man denke beispielsweise an die gesellschaftliche Verantwortung von Eigentum, das erst durch den Staat gesichert ist, oder das Absichern von Risikobereitschaft und Kreativität. Europas historischer Erfolg liegt im ordnungsökonomischen Denken, das die Effizienz der Märkte zum Gegenstand guter Wirtschaftspolitik macht.

*Ulrich Blum  
Präsident des IWH*